

Bericht des Superintendenten für die Tagung der Kreissynode An der Ruhr am 11. und 12. November 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Hohe Synode, liebe Geschwister,

hinter uns liegt ein Kirchenjahr, das es in sich hatte. Zu den alten Herausforderungen, die wir aus dem Vorjahr mitgenommen haben, sind weitere hinzugekommen.

1.1 Die Pandemie

Nach wie vor haben wir mit der vom Coronavirus ausgelösten Infektion zu tun - inzwischen schon im dritten Jahr. Gut – es gibt mittlerweile Impfstoffe, die uns zwar nicht vollständig vor einer Infektion schützen, zumindest aber vor einem schweren, möglicherweise lebensbedrohlichen Krankheitsverlauf. Trotz hoher Infektionszahlen haben wir ein Stück Normalität wieder gewonnen, auch im gemeindlichen Leben. Doch das Infektionsrisiko besteht weiter und wir sollten es nicht unterschätzen. Darum ist es ratsam, vorsichtig zu bleiben und die eine oder andere Schutzmaßnahme - beizubehalten - allein schon, um andere zu schützen. Und auch wenn der Umgang mit Covid-19 weitaus entspannter ist als im vergangenen, erst recht als im vorvergangenen Jahr, ist längst noch nicht alles so wie es vor der Pandemie war – und es bleibt fraglich, ob es je wieder so wird.

Die Folgen der Pandemie sind auch in Mülheim nicht zu übersehen. Menschen haben sich in den Schutz ihrer Wohnungen zurückgezogen und meiden noch immer größere Menschenansammlungen. Das öffentliche Leben ist längst nicht auf demselben Level wie vor der Pandemie. Die Nachfrage nach Terminen in unserer evangelischen Beratungsstelle ist hoch, weil die Belastungen durch die Pandemie - Homeoffice, zeitweilige Schließungen von Kindergärten und Schulen sowie Lock-downs - zeitlich versetzt ihre Auswirkungen zeigen. Auffällig ist dabei, dass recht viele junge Leute davon betroffen sind.

Etliche Menschen fühlen sich nach mehr als zwei Jahren mit Corona erschöpft und bedrückt. Ein hoher Krankenstand besonders in den sozialen und pflegerischen Berufen, spricht für sich. Was den Mitarbeitenden in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Diensten in den vergangenen Jahren abverlangt wurde, lässt sich kaum vergüten. Die Auszeichnung dieser Personengruppe mit dem Hoffnungspreis beim ökumenischen Neujahrsempfang zu Beginn dieses Kirchenjahres, der pandemiebedingt leider nur in hybrider Form stattgefunden hat, und das Dankfest, zu dem wir Ende September in die Freilichtbühne eingeladen haben, waren nur bescheidene Versuche, Dank und Anerkennung gegenüber den in Pflege und Betreuung tätigen

Personen auszudrücken. Leider sind nicht so viele Pflegekräfte unserer ökumenischen Einladung gefolgt wie vermutet – vielleicht weil der zeitliche Abstand zwischen Ankündigung und Durchführung zu groß war. Doch diejenigen, die mitgefeiert haben, haben sich sehr wohl gefühlt.

Die Pandemie hat auch unsere Gemeinden verändert. Wir haben uns nicht nur an Vorsichtsmaßnahmen, sondern auch an neue Formen der Gemeindegemeinschaft gewöhnt. Manche dieser Veränderungen werden uns erhalten bleiben – wie live gestreamte oder aufgezeichnete Gottesdienste und Andachten. Menschen, die früher regelmäßig in Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen anzutreffen waren, sind heute nicht mehr dabei, weil sie sich vor Ansteckung fürchten oder kraftlos geworden sind. Andere freuen sich, dass sie sich endlich wieder treffen und gemeinsam feiern und singen können. Der befürchtete massive Rückgang bei der Kirchensteuer ist so noch nicht eingetreten. Doch kann es sein, dass die Folgen der Pandemie und der dadurch ausgelösten wirtschaftlichen Verwerfungen erst zeitlich versetzt zu spüren sind.

1.2 Der Krieg um die Ukraine

Im Februar dieses Jahres hat die russische Armee die Ukraine angegriffen. Damit ist etwas geschehen, was viele von uns bis zuletzt nicht für möglich gehalten haben: ein Krieg in Europa! Sofort waren die zur Stelle, die immer schon misstrauisch gegenüber einer Annäherung an Russland und allzu engen wirtschaftlichen Bindungen an das Land gewesen sind, und fühlten sich in ihrer Sicht bestätigt. Die anderen, die auf Dialog, wirtschaftliche Beziehungen und „Wandel durch Handel“ gesetzt haben, waren sprachlos und sahen ihre Überzeugungen zerbrechen. Offensichtlich hatten sie sich schwer getäuscht.

Mit dem russischen Überfall stand die Frage nach der Unterstützung der Ukraine auf der Tagesordnung. Was ist zu tun? Die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten sowie die Zusage humanitärer Hilfe und wirtschaftlicher Unterstützung erfolgte seitens der europäischen Staatengemeinschaft sehr schnell und einvernehmlich. Schwieriger zu beantworten war die Frage der gewiss nötigen, doch mitunter vehement eingeforderten Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen den aggressiven Nachbarn.

Ich muss gestehen, dass auch ich mich mit dieser Frage schwertue. Ich bin – wie viele meiner Generation - ein Kind der Friedensbewegung. Ich habe dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ immer viel Sympathie entgegengebracht und bin zutiefst davon überzeugt, dass Krieg nach Gottes Willen eigentlich nicht sein soll und selbst als „ultima ratio“ eine verhängnisvolle Handlungsoption ist. Als diese Synode vor einigen Jahren beschlossen hat, sich auf den Weg zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ zu machen, habe ich voll und ganz dahintergestanden.

Von dieser Grundüberzeugung können mich auch die gegenwärtigen Ereignisse nicht abbringen, hohe Synode. Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass wirklicher Frieden nicht durch Waffen erzielt werden kann. Und deshalb muss Abrüstung unser Ziel bleiben – ohne Wenn und Aber! Gerade als Kirche sollten wir alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um diesem Ziel näher zu kommen. Auf der anderen Seite kann ich auch die Menschen in der Ukraine verstehen. Sie sind überfallen worden und haben natürlich das Recht, sich und ihr Land gegen die russische Aggression zu verteidigen – und dazu brauchen sie Waffen, auch schwere Waffen. Es hilft ihnen wenig, wenn von außerhalb der gute Rat kommt, man könne es ja auch mit gewaltlosem Widerstand versuchen oder man solle sich mit den Gegnern an einen Tisch setzen und verhandeln. Weder wir noch irgendein anderer hat das Recht, den Bewohnern der Ukraine so etwas vorzuschreiben. Und deshalb kann ich schon verstehen, dass wir die Ukraine nicht nur durch humanitäre und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen, sondern auch durch Waffenlieferungen unterstützen. Den Widerspruch zwischen der eigenen Grundüberzeugung und den unumgänglich erscheinenden Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine auszuhalten, fällt mir schwer. Doch ich kann meine Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass das Reich Gottes, in dem Frieden und Gerechtigkeit herrschen, zwar das uns verheißene Ziel ist, wir gegenwärtig aber nicht am Ziel sind, sondern noch in einer unerlösten Welt leben. Und dazu gehören eben auch Widersprüche, wie wir sie jetzt aushalten müssen.

1.3 Die wirtschaftlichen Auswirkungen

Die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen die russische Aggression hat viele Folgen - auch für uns.

Da ist zum einen die hohe Zahl von Schutzsuchenden, die zusätzlich zu den aus anderen Ländern geflüchteten Menschen jetzt noch aus der Ukraine zu uns kommen. Auch wenn die meisten von ihnen hoffen, nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können, sind sie jetzt erst einmal hier und müssen untergebracht und versorgt werden. Wohnraum wird benötigt, Mobiliar, Hausrat und Kleidung, Kindergarten- und Schulplätze, Sprach- und Integrationskurse. Die Stadt Mülheim sucht bei der Bewältigung dieser Aufgabe den Schulterchluss mit allen gesellschaftlichen Kräften, auch mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden.

Ich bin sehr dankbar, dass unsere Kirchengemeinden und unsere kreiskirchlichen Werke wie das Diakoniewerk Arbeit & Kultur, das Diakonische Werk und das Flüchtlingsreferat sehr schnell zur Stelle waren. Auf Ebene der Kirchenkreises haben wir sofort einen kleinen „Krisenstab“ eingerichtet, der regelmäßig per Zoom zusammenkommt und beratschlagt, was zu tun ist. So konnten wir zügig um Geldspenden bitten, aber auch Sammlungen von Sachspenden organisieren.

All denjenigen die in den Gemeinden und Einrichtungen des Kirchenkreises bereit waren, die Sammlungen zu organisieren, gebührt mein ausdrücklicher Dank.

Die Gaben und persönliche Hilfsbereitschaft ermöglichen uns, einerseits Geflüchtete hier vor Ort zu unterstützen und andererseits kirchlichen Partnern in anderen europäischen Ländern zu helfen, die durch ihre geografische Lage noch mehr als wir mit der Aufnahme von Geflüchteten zu tun haben (z.B. Polen oder Moldawien). Vor allem mit der Diakonie der Ev.-luth. Kirche in Polen gab es eine enge Zusammenarbeit, so durch zwei Transporte mit Hilfsgütern nach Polen. An den Sprach- und Integrationskursen des Diakonischen Werkes nehmen ebenfalls Geflüchtete aus der Ukraine teil, in gemeindlichen Kindergärten wurden Plätze für Flüchtlingskinder bereitgestellt, wo das noch möglich war.

Die Unterstützung der Ukraine, die wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegen Russland und die russische Reaktion darauf haben spürbare wirtschaftliche Folgen. Der Boykott von Öl- und Kohlelieferungen aus Russland und die Einstellung der Erdgaslieferungen von russischer Seite führen zu Engpässen in der Energieversorgung, zu enorm gestiegenen Preisen bei der Beschaffung von Energieträgern und zu höheren Produktionskosten. Dadurch steigen auch in anderen Bereichen die Preise und treiben die Inflation in die Höhe, dass die Rate inzwischen bei 10 Prozent liegt – so hoch wie noch nie im Nachkriegs-Deutschland. Die Menschen spüren die Teuerung beim Einkaufen, beim Tanken, bei den Nebenkosten ihrer Wohnungen und Häuser. Vor allem unter denen mit geringem Einkommen macht sich Existenzangst breit, die durch die nahezu täglichen bedrückenden Nachrichten in den Medien zusätzlich befeuert wird. Es gab schon Hilfsmaßnahmen von staatlicher Seite, weitere sind auf dem Weg. Doch die bange Frage ist, ob sie reichen – vor allem für Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen.

Überlegungen zur Einrichtung von Wärmestuben in öffentlichen Gebäuden, auch in Kirchen und Gemeindehäusern, sind sicher sinnvoll, aber zugleich wenig beruhigend. Die Sorgen, die viele Menschen angesichts dieser Entwicklung und Drohszenarien von einer kalten Wohnung im Winter bis zum Blackout umtreiben, sind greifbar.

Dazu kommt, dass durch die nun ergriffenen Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung andere dringend notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz hinausgeschoben werden – und darüber sind nicht nur junge Leute beunruhigt.

Hohe Synode, es macht sich nach mehr als zwei Jahren Pandemie und dem nun schon länger als ein halbes Jahr dauernden Krieg um die Ukraine eine bedrückte Grundbestimmung bemerkbar. Der Blick in die Zukunft ist für manche eher düster als optimistisch.

Auf diesem Hintergrund höre ich manche mir vertraute Bibelworte noch einmal neu.

Das ist zum einen der Schlusssatz aus dem 13. Kapitel des 1. Paulusbriefes an die Gemeinde in Korinth. Sie kennen ihn vermutlich ebenso gut wie ich: „Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.“ Es gibt für mich keine kürzere und prägnantere Zusammenfassung dessen, was unseren Glauben ausmacht als dieser berühmte Dreiklang aus

- dem **Glauben** an den einen **Gott**, der die Welt erschaffen hat und in seinen Händen hält,
- der **Liebe**, die in **Christus** die Gestalt eines Menschen angenommen hat und so erlebbar und nachvollziehbar wird,
- und der **Hoffnung**, die durch den **Geist Gottes** in uns lebendig bleibt und uns immer wieder ermutigt, auf dem Weg der Nachfolge Jesu zu bleiben.

Und auch wenn die Liebe die größte unter diesen dreien ist, scheint es mir noch mehr die Hoffnung zu sein, die wir in diesen Zeiten besonders benötigen. Darum hat ein weiteres Bibelwort für mich gerade von besonderer Aktualität. Es ist ein Vers aus dem Brief an die Hebräer: „Darum lasst uns festhalten an dem Bekenntnis der Hoffnung und nicht wanken; denn er ist treu, der sie verheißen hat.“ (Hebräer 10, 23) Der Verfasser des Briefes hat seinerzeit auch gegen Müdigkeit und Unsicherheit im Blick auf die Zukunft angeschrieben und seinen Adressat*innen Mut gemacht. Solche Ermutigung können auch wir gut gebrauchen, um als einzelne wie als Kirche und Gemeinden weiter nach vorn zu blicken. Glücklicherweise brauchen wir uns nicht selbst Hoffnung zu machen, weil ein anderer uns Hoffnung gibt und sich an das hält, was er uns versprochen hat.

Darum lasst uns an dieser Hoffnung festhalten, uns dazu bekennen und sie auch weitergeben an alle, die sich nach einer verlässlichen Hoffnung sehnen. Auf keinen Fall sollten wir uns dazu hinreißen lassen, in das sich breit machende Klagelied einzustimmen, sondern eher unsere Hoffnungslieder dagegensetzen. Wir haben den Menschen immer, besonders aber in Zeiten wie jetzt, etwas zu geben: ein offenes Ohr, das ihnen zuhört und ihre Sorgen ernst nimmt, ein offenes Auge, das sie mit ihren Bedürfnissen wahrnimmt, eine frohe Botschaft, die ihnen Mut macht, und konkrete Unterstützung dort, wo es nötig ist.

2. Die Kirche

Hoffnung, liebe Geschwister, brauchen wir auch im Blick auf unsere Kirche und ihre Zukunft. Denn – das dürfte inzwischen auch in der letzten Kirchenbank angekommen sein – wir stehen vor großen, einschneidenden Veränderungen. Das gilt für die Evangelische Kirche in Deutschland als Ganze, für ihre Gliedkirchen, für jeden Kirchenkreis und jede Gemeinde. Dass diese Veränderungen nicht zu vermeiden sind, zeigen übereinstimmend alle Studien, die bisher dazu erschienen sind. In diesem Kir-

chenjahr ist die Zahl derjenigen, die in Deutschland einer Kirche angehören, erstmalig unter 50 Prozent der Bevölkerung gesunken. Und das ist gewiss noch nicht das Ende einer Entwicklung, die Christen in Deutschland allmählich zu einer Minderheit werden lässt.

Sich dieser Entwicklung zu stellen und angemessen darauf zu reagieren, beschäftigt uns schon seit langem. Das ist für uns Protestanten nichts Schreckliches. Unsere Kirche ist aus dem Bemühen heraus entstanden, die Kirche zu verändern, sie von merkwürdigen Auswüchsen zu reinigen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Kirche auf ihren Ursprung zurückzuführen. Luther und die anderen Reformatoren wollten bekanntlich keine neue Kirche gründen, sondern die „eine heilige allgemeine“ Kirche wieder zu dem machen, was sie dem biblischen Zeugnis nach sein soll.

Dass dieser Prozess kein einmaliges historisches Geschehen war, ist uns auch klar. Wir sind uns bewusst, dass Reformation immer wieder passieren muss – „ecclesia est semper reformanda“. Doch frage ich mich immer häufiger, ob das, was wir in den nächsten Jahrzehnten zu leisten haben, nicht über eine Reformation unserer Kirche hinausgehen muss. Wir werden uns nicht mehr damit begnügen können, die ein oder andere Korrektur vorzunehmen, Überflüssiges und nicht mehr Zeitgemäßes abzubauen, doch im Wesentlichen zu bleiben wie bisher. Die beiden Arbeits- und Diskussionspapiere „Kirche als Lobbyistin der Gottoffenheit“ und „EKiR 2030“ gehen in ihren Überlegungen und Vorschlägen schon weit darüber hinaus. Mit einer Verschlankung unserer Struktur und ein wenig Kosmetik am Erscheinungsbild ist es nicht getan. Darum sollten wir meines Erachtens nicht von einer nötigen **Reformation** unserer Kirche sprechen, sondern eher von einer **Transformation**. Dabei wird sich die Kirche in vielen Bereichen grundlegend verändern müssen. Ob es dann bei einer Veränderung und Entschlackung der Kirchenordnung, wie sie bei der nächsten Landessynode im Januar 2023 vorgesehen ist, bleiben kann oder eine neue, ganz andere und weniger juristisch geprägte Ordnung entworfen werden muss, wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall brauchen wir viel Mut und Kraft und so etwas wie eine „Aufbruchstimmung“, um die vor uns liegenden Aufgaben in Angriff zu nehmen. Vieles ist machbar, auch wenn wir noch davor zurückschrecken. Nur eines müssen wir bleiben: eine Kirche, die auf Jesus Christus und sein Wort gegründet ist, und deren Kennzeichen Glaube, Liebe und Hoffnung sind.

Einige Veränderungen zeichnen sich jetzt schon ab, hohe Synode:

2.1 Beschluss der Landessynode 2022 zur Treibhausgasneutralität

Die Landessynode hat auf ihrer Tagung im Januar alle Ebenen der Evangelischen Kirche im Rheinland dazu verpflichtet, bis 2027 darüber zu entscheiden, welche ihrer Gebäude sie jeweils langfristig erhalten und welche sie nicht erhalten will (und kann). Die Gebäude, die erhalten bleiben, weil sie für die kirchliche Arbeit unverzichtbar sind,

müssen dann in einem zweiten Schritt so ertüchtigt werden, dass sie bis 2035 treibhausgasneutral sind.

Dahinter verbirgt sich aber eine gewaltige Aufgabe! Allein die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, eine Kirche, ein Gemeindehaus, ein Wohngebäude oder einen Kindergarten zu erhalten oder aufzugeben, wird schwierig, weil dabei viele Faktoren eine Rolle spielen – auch Emotionen und Befindlichkeiten. Das Vorhaben der Gebäudereduzierung begleitet uns schon seit Jahren. Und auch wenn es ein schwieriger Prozess ist, wird er doch weitergehen müssen.

Die Gebäude, die bleiben, treibhausgasneutral zu machen, ist eine weitere Herausforderung, bei der vor allem für Kirchbauten häufig bestehende Denkmalschutz nur eines von vielen zu lösenden Problemen darstellen dürfte. Doch diese Probleme werden durch Abwarten und Aussitzen nicht geringer. Besser ist es, dort, wo es jetzt schon machbar ist, anzufangen und erste Maßnahmen zu ergreifen.

Der Beschluss der Landessynode nennt darum einige Sofortmaßnahmen, die teils ohne großen Aufwand umgesetzt werden können, teils aber auch mit deutlichen Investitionen verbunden sind. Es wird uns auf jeden Fall zunächst viel Geld kosten, mit Einsparungen ist dagegen erst zeitlich versetzt zu rechnen.

2.2 Reform der Kirchenordnung

Eben habe ich schon darauf hingewiesen, dass auf der Tagesordnung der nächsten Landessynode eine Reform der Kirchenordnung stehen wird. Ziel ist es, die Kirchenordnung, die ja so etwas wie unser Grundgesetz ist, zu verschlanken und auf wirklich grundlegende Dinge zu beschränken. Alles Übrige soll dann an anderer Stelle geregelt werden, sofern es überhaupt noch einer Regelung bedarf. Mit Recht wird immer wieder darauf verwiesen, dass wir viel zu viele Regelungen haben, die uns in unserem kirchlichen Handeln oft eher beschränken als unterstützen. Auch der Prozess „Leichtes Gepäck“ – das sei hier nochmals mit Bedauern und auch Kritik bemerkt – hat bislang kaum zu spürbaren Erleichterungen im kirchlichen Alltag geführt.

2.3 Gelungene Veränderungen innerhalb der EKD

Im Mai dieses Jahres haben die Superintendent*innen unserer Kirche zusammen mit der Kirchenleitung eine Studienreise nach Mitteldeutschland unternommen. Dabei hatten wir Gelegenheit zu einem intensiven Austausch mit Kolleg*innen, die sich schon lange in einer Minderheitssituation befinden und darin evangelische Kirche leben müssen.

Es war spannend, die Vielfalt an Ideen und Engagement zu erleben, die dort entstanden ist. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) selbst ist ein Zusammenschluss zweier traditionell unterschiedlicher Kirchen: der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen und der zur ehemaligen Familie der „altpreußischen“ Kirchen gehörenden evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

Bei der Zusammenlegung waren natürlich manche Kompromisse erforderlich, aber sie ist schließlich gelungen. Es geht also, wenn von allen Seiten guter Wille und Kompromissbereitschaft aufgebracht werden. Und der Nachbar, mit dem man sich auf keinen Fall eine engere Hausgemeinschaft vorstellen konnte, entpuppt sich als durchaus verträglich und macht Dinge möglich, die man sich allein vielleicht nicht getraut hätte. Was sich hier im Großen beobachten lässt, sollte doch auch im Kleinen, also auf der Ebene der Kirchenkreise und Gemeinden, möglich sein.

2.4 Rechnungsprüfung

Zum 01.01.2023 wird die von der Landessynode beschlossene neue Struktur der Rechnungsprüfung greifen. Wir sind dann nicht mehr Teil des Rechnungsprüfungsamtes Rhein-Ruhr-Wupper, sondern werden vom dann zentralen Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche im Rheinland geprüft. Gegen die Zentralisierung und Eingliederung ins Landeskirchenamt gab es im Vorfeld durchaus Bedenken, die von unserem Fachausschuss Finanzen und Verwaltung geteilt wurden. Trotzdem wurde der Beschluss gefasst. Wesentliche Einsparungen bei den Kosten für die Rechnungsprüfung zeichnen sich für den Kirchenkreis An der Ruhr leider nicht ab.

Im Juni wurde der langjährige Leiter der Rechnungsprüfungsstelle Rhein-Ruhr-Wupper, Herbert Gerlach, in den Ruhestand verabschiedet. Gleichzeitig übernahm Michael Stitz, der in den vergangenen Jahren immer wieder einmal Gast unserer Synode war, die Leitung bis zum 31.12.2022.

2.5 Auflösung RIO

Nachdem der über viele Jahre in regionaler Gemeinschaft (Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen) verantwortete „Gemeindedienst für Mission und Ökumene“ (GMÖ) nach einem langen, teils auch kontrovers geführten Beratungsprozess zum 01.01.2022 in den „Rheinischen Dienst für internationale Ökumene“ (RIO) überführt worden war, wurde dieser zum 1. April 2022 gleich wieder aufgelöst. An seine Stelle ist der Regionale Dienst der Vereinten Evangelische Mission (VEM) getreten, der die Arbeit für die rheinische Kirche übernimmt. Die zu GMÖ/RIO gehörende Pfarrstelle, die bei unserem Kirchenkreis angesiedelt war (Pfarrerin U. Thomé), wurde zum 31. März aufgehoben, die Pfarrerin zum Dienst in der VEM freigestellt. Die Geschäftsstelle des GMÖ/RIO im Haus der Kirche wurde entsprechend verkleinert.

Die zum GMÖ unserer Region (Westliches Ruhrgebiet) gehörende Stelle des Referenten für entwicklungspolitische Arbeit wurde zunächst von den beteiligten Kirchenkreisen weitergeführt und sollte in einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Kirchenkreisen gesichert werden.

Nun hat der Referent Claudio Gnypek - nicht zuletzt in Folge der erheblichen und nicht immer spannungslos verlaufenden Verhandlungen um die Überführung des GMÖ in RIO und die anschließende Auflösung von RIO - sich entschieden, seine

Tätigkeit bei uns Ende Januar 2023 zu beenden Die beteiligten Kirchenkreise bedauern diese persönliche Entscheidung, zumal die Arbeit von Herrn Gnypek im Rahmen des GMÖ übereinstimmend sehr geschätzt wird, aber wir können sie, gerade angesichts der Entwicklungen der letzten Zeit, durchaus nachvollziehen. Im Januar werden wir Herrn Gnypek verabschieden, doch möchte ich ihm jetzt schon ganz herzlich für seine Arbeit und seinen Einsatz in den vergangenen mehr als zehn Jahren danken.

Ob und wie die Arbeit künftig fortgesetzt werden soll, werden die Kreissynodalvorstände in der Region beraten und dann den Synoden einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Ein kompletter Verzicht auf die Stelle brächte natürlich eine Ersparnis, die sich allerdings wegen der Kostenverteilung auf vier unterschiedlich große Kirchenkreise für uns in überschaubaren Grenzen hielte.

3. Der Kirchenkreis

3.1 Trends

Die Entwicklung der Kirchensteuer hat – ich sagte es bereits – durch die Pandemie und ihre Folgen erstaunlicherweise (noch) nicht zu dem befürchteten Einbruch geführt. Wir bewegen uns im Blick auf die Jahre 2020 und 2021 auf einem ähnlichen Niveau wie vor Corona. Das ist zwar erfreulich, aber kein Anlass zur langfristigen Entspannung. Die Frage, wie sich das Steueraufkommen für Mülheim in den nächsten Jahren entwickeln wird, bleibt spannend. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle: der demografische Wandel, die wirtschaftliche Entwicklung, die Zahl der Kirchenglieder und die Frage der Kirchenbindung.

Zum demografischen Wandel möchte ich anmerken, dass der weitaus größte Teil des Kirchensteueraufkommens in Mülheim über die Einkommensteuer erzielt wird. Darunter wiederum sind einige Steuerzahler*innen, die sehr viel Kirchensteuer zahlen (trotz Kappung). Diese Menschen fühlen sich nach wie vor unserer Kirche verbunden, sind aber zum Teil recht betagt. Es ist absehbar, dass so ein erheblicher Teil der Steuereinnahmen schnell wegfallen kann

Die wirtschaftliche Entwicklung ist zurzeit schwer zu beurteilen. Sollte es im nächsten Jahr – wie befürchtet - zu einer Rezession kommen, wird sich das natürlich auf das Steueraufkommen auswirken. Und knapper gefüllte Haushaltskassen lassen vielleicht auch dort den Gedanken an einen Kirchengliederaustritt aufkommen, wo er bisher noch nicht vorhanden war.

Schon jetzt ist die Zahl der Kirchengliederaustritte recht hoch. Im Jahr 2021 lag sie landeskirchenweit bei 1,38 Prozent der Gemeindeglieder. Diese Quote wird im laufenden Jahr noch übertroffen; denn im September lag die absolute Zahl der Austritte in Mülheim bereits auf dem Niveau des Vorjahres. Geht es so weiter, steuern wir die

2%-Marke an. Nach Aussage von Präses Dr. Latzel auf der letzten Konferenz der Superintendent*innen verliert unsere Kirche durch Austritte derzeit jedes Jahr einen mittelgroßen Kirchenkreis.

Diese Entwicklung wird in keinster Weise durch die Zahl der Kircheneintritte kompensiert, obwohl es sie immer wieder gibt und wir uns über jeden freuen sollten. Ebenso liegt die Zahl der Sterbefälle weiter deutlich über der der Taufen.

Kirche ist für viele Menschen eben nicht mehr ein selbstverständlicher Teil ihres Lebens. Gerade diejenigen, die sich ihrer Kirche nur lose verbunden fühlen und eher „passive“ als aktive Gemeindemitglieder sind, neigen heute eher zum Kirchenaustritt als früher. Die nachlassende Bindung an gesellschaftliche Gruppen ist im Übrigen ein Phänomen, das nicht nur uns betrifft, sondern Parteien und Vereine auf ähnliche Weise.

Dazu trägt sicher der schon seit Jahren beschworene „Traditionsabbruch“ bei. Jetzt ist er überall deutlich zu spüren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aus einem Papier zitieren, das uns bei der letzten Personalplanungskonferenz im September vorlag. Darin geht es speziell um die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von jungen Menschen für ein Theologiestudium. Manche Ursachen habe ich in diesem Bericht schon angesprochen. Interessant finde ich noch folgende Aspekte:

- „Bildungspolitisch sind spätestens seit dem Bologna-Prozess und PISA die Geisteswissenschaften zu Gunsten der MINT-fächer faktisch abgewertet worden. Sie leisten keinen direkt erkennbaren Beitrag zu wirtschaftlichem Erfolg (kapitalistisches Paradigma) und gelten im Bereich empirischer Wissenschaften nicht als Wissenschaft (naturwissenschaftliches Paradigma).
- „Was die EKIR betrifft, sind immer noch Auswirkungen der unglücklichen Personalpolitik in den 80er und 90er Jahren zu spüren. Die 60er Jahrgänge, die heute noch einen großen Teil der aktiven Pfarrerschaft darstellen, haben erlebt, wie 500 Kolleginnen und Kollegen nicht, oder erst sehr spät in den Pfarrdienst übernommen worden sind. Aus diesem Grunde zeigen sich immer wieder Kolleginnen und Kollegen sehr zurückhaltend, was die Werbung für den Pfarrberuf vor Ort betrifft. „Auf diese selbstkritische Äußerung haben wir lange, zu lange warten müssen.
- Und noch ein Aspekt:
Hinzu kommt die Ausrichtung der Jugendarbeit. In den 80er und 90er Jahren wurde großer Wert auf eine ‚nicht-churchy‘ Jugendarbeit gelegt. Statt Diakoninnen und Evangelisten, sollten sozialpädagogische MA refinanzierte ‚offene Türen‘ einrichten. Geistliche Jugendarbeit trat zurück. Viele der Personen, die

wir in den letzten Jahren auf die Liste der Theologiestudierenden aufnehmen haben, berichten aber im Vorstellungsgespräch, dass sie durch dezidiert geistliche Jugendarbeit oder durch dezidiert theologischen Religionsunterricht motiviert worden seien. Die Logik ist einfach: Wer in der Jugend kein Feuer fängt für den Glauben, wird kaum die Verkündigung zu seinem Beruf machen.“

Sicher ein Gedanke, den man im Blick auf die künftige Gestalt unserer Jugendarbeit ruhig im Hinterkopf behalten sollte.

Doch was auch immer wir daraus folgern, hohe Synode – es wird nichts daran ändern, dass wir im Blick auf die Zukunft nicht nur mit weniger Kirchenmitgliedern rechnen müssen, sondern auch mit weniger Mitarbeitenden – sowohl im Haupt- wie im Ehrenamt. Und diejenigen, die noch bei uns mitmachen, dürfen wir auf keinen Fall mit noch mehr Aufgaben überfrachten. Bereits jetzt sind die Anforderungen an Presbyter*innen meines Erachtens mitunter jenseits des guten Gewissens noch Zumutbaren. Darum spricht vieles dafür, die Zahl unserer Gremien, Ausschüsse und Arbeitsgruppen zu verringern, zumindest aber nicht mehr zu vergrößern.

Das sollten wir bedenken, bevor wir uns im Laufe des kommenden Jahres wieder einmal auf die Suche nach Menschen machen, die in der Leitung unserer Kirche Verantwortung zu tragen bereit sind.

3.2 Konsolidierungsprozess im Kirchenkreis

Bei der Tagung unserer Synode im November 2021 haben wir ausführlich mit der Deckungslücke im kreiskirchlichen Haushalt beschäftigt. In einem breit angelegten Prozess mit ausführlichen Papieren, Videoclips und Gesprächsangeboten haben wir Informationen über die Arbeit der kreiskirchlichen Werke und Einrichtungen angeboten, um den Presbyterien eine Entscheidungshilfe bei an sie herangetragenem Frage der Priorisierung zu geben. Leider ist das Info-Angebot nicht so stark nachgefragt worden wie erhofft, aber alle Gemeinden haben dem Kreissynodalvorstand eine Rückmeldung gegeben. Daran war zu erkennen, dass die Arbeit nahezu aller Werke und Einrichtungen im Kirchenkreis von den Gemeinden sehr geschätzt und als erhaltenswert angesehen wird. Die Wertschätzung wies zum Teil einige Nuancen auf, doch ein deutliches, gar mehrheitliches Votum für die Aufgabe eines Arbeitsbereiches gab es nicht. Nach Möglichkeit soll alles weitergeführt werden – eben nur mit weniger Geld. Dennoch wurde seitens der Gemeinden mehrheitlich auch die Bereitschaft zu einer moderaten Erhöhung der Umlage zur Finanzierung der kreiskirchlichen Arbeit signalisiert.

Die Gemeinden haben auch Vorschläge zu Einsparungen und Umstrukturierungen gemacht. Diese Vorschläge sind von den von der Synode zur Weiterarbeit eingesetzten Arbeitsgruppen aufgenommen worden. Alle Arbeitsgruppen haben im zurücklie-

genden Jahr mehrfach – zum Teil sogar in monatlichem oder vierzehntägigen Rhythmus - getagt und intensiv gearbeitet. Für das außerordentliche Engagement danke ich allen Beteiligten ausdrücklich.

Auf der Synode im Juni gab es einen ersten Zwischenbericht. Auf dieser Synode sollten entscheidungsreife Vorlagen auf dem Tisch sein. Das ist nur zum Teil gelungen – bei der AG Seelsorge und der AG`s Diakonie und Bildung. Die anderen AG`s brauchen noch mehr Zeit, darüber werden sie im Laufe dieser Synodaltagung an der entsprechenden Stelle informieren.

Deshalb beschränke ich mich hier auf ein paar grundsätzliche Anmerkungen:

Eine gute bestehende Arbeit mit weniger Geld weiterzuführen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Signifikante, den Haushalt spürbar entlastende Einsparungen, sind nur zu erzielen, wenn auf einen oder gleich mehrere Arbeitsbereiche verzichtet wird. Aber selbst dann wird der Spareffekt wegen der notwendigen Schritte bis zur Aufgabe eines Arbeitsbereiches erst mit zeitlicher Verzögerung eintreten. Für solch einschneidende Maßnahmen gab es auf der Synode allerdings kein Votum.

Nach wie vor besteht jedoch die Notwendigkeit zu sparen. Das ist durch Umstrukturierungen nicht so leicht zu erreichen. Selbst die Überführung einer Einrichtung in eine andere Rechtsform – wie wir es heute für das Diakonische Werk vorschlagen werden - ist keine Sparmaßnahme. Zunächst wird dieser Prozess wohl zusätzliche Kosten verursachen, erst im Laufe der Zeit lassen sich diese Kosten reduzieren. Das gilt in ähnlicher Weise auch für die geplante Fusion unseres Verwaltungsamtes mit einem anderen. Auch hier wird es erst mit der Zeit zu Einsparungen kommen. Erst einmal müssen wir wohl noch tiefer in unsere Taschen greifen oder die Rücklagen anzapfen. Selbst der Aufbau eines Systems ehrenamtlicher Seelsorge, wie von der AG empfohlen, ist ohne eine entsprechende Finanzierung nicht machbar.

Doch haben sich die AG`s nicht nur mit Einsparoptionen befasst, sondern auch mit der von der Synode gewünschten Absicherung der kreiskirchlichen Arbeitsbereiche im Blick auf die Zukunft. Unser Ziel war darum, die gute Arbeit zu erhalten, ihr eine zukunftsfähige Struktur zu geben und eine auskömmliche Finanzierung, auch mit weniger Kirchensteuermitteln. Bei dieser Aufgabe – davon bin ich fest überzeugt, hohe Synode – haben die AG`s allesamt gute Arbeit geleistet. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen können wir genau das erreichen, ohne gute Arbeit allein aus finanziellen Gründen einstellen zu müssen. Und das wollen wir auch für die kreiskirchlichen Einrichtungen erreichen, die bis jetzt noch nicht im Focus unserer Arbeit standen. Darum werden zumindest einige der AG`s auch im nächsten Jahr noch zu tun haben.

3.3 Erste kleine Sparerfolge

Ein paar, wenn auch kleinere, Einsparungen gibt es schon jetzt:

- Die Kosten für die Ladenkirche konnten durch die dauerhafte Reduzierung der hauptamtlichen Stelle auf den Umfang von 25 Prozent erheblich verringert werden. Der noch verbliebene Stellenumfang muss allerdings für eine erfolgreiche Fortsetzung der inzwischen wieder gut angelaufenen Arbeit unbedingt beibehalten und kann nicht gestrichen werden.
- Die Auflösung des GMÖ/RIO bringt eine kleine Ersparnis, die natürlich etwas größer würde, wenn auch auf die Weiterführung des entwicklungspolitischen Referates oder einer Alternativstelle verzichtet würde.
- Die Notfallseelsorge soll künftig noch mehr als bisher in einer kirchenkreisübergreifenden Struktur arbeiten. Gemeinsam mit den Kirchenkreisen Essen und Oberhausen erarbeiten wir zurzeit ein Konzept, dessen Kernstücke einerseits eine gemeinsame Ausbildung der ehrenamtlichen Notfallseelsorger*innen, andererseits auf Dauer eine gemeinsame geistliche Begleitung des Projektes in Form einer gemeinsam finanzierten halben Pfarrstelle sein soll. Die neueste Entwicklung ist, dass inzwischen auch mit dem Kirchenkreis Duisburg über eine mögliche Beteiligung an diesem Projekt gesprochen wird. In der gemeinsamen Ausbildung der Ehrenamtlichen haben wir bereits einige Schritte gewagt, die Mut dazu machen, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Die neue Struktur würde uns spürbar finanziell entlasten, was aber auch von der Besetzung der im Konzept vorgesehenen Stellen abhängt.

3.4 Tageseinrichtungen für Kinder und Fachberatung

In unserem Kirchenkreis gibt es, nachdem zwei Gemeinden ihre Kindergärten an große diakonische Träger abgegeben haben, noch neun Einrichtungen in gemeindlicher Trägerschaft, von denen acht zweigruppig sind. Die KiTa der Markuskirchengemeinde war bisher eingruppig, soll aber geplant im August 2023 in einem neuen Gebäude viergruppig an den Start gehen. Doch selbst mit dann 20 Gruppen bilden wir eine zu kleine Einheit, um die Einrichtungen hinsichtlich Verwaltung und Fachberatung angemessen begleiten zu können. Unsere Mitarbeiterinnen, insbesondere Frau Busch in der Verwaltung und Frau Rogosch, die vorübergehend die politische Vertretung wahrnimmt, haben sich hier neben ihrer sonstigen Tätigkeit stark eingebracht, doch das kann kein Dauerzustand sein.

Die Stelle der Fachberatung ist nach Beendigung der Kooperation mit der Graf-Recke-Stiftung zurzeit nicht besetzt. Noch einmal möchte ich Frau Busch und Frau Rogosch für ihr Engagement an dieser Stelle danken.

Für die nächste Zukunft deutet sich bei der Fachberatung eine Übergangslösung an in Kooperation mit der Diakonie in Wesel.

Ihre Kindergärten auch an einen diakonischen Träger außerhalb der verfassten Kirche abzugeben, ist für die verbliebenen Gemeinden derzeit keine Option. Ich bin aber sehr froh, dass in diesen Gemeinden darüber nachgedacht wird, mit ihren Einrichtungen einem schon bestehenden oder in Gründung befindlichen Kindertagesstätten-Verband beizutreten. Letzteres geschieht gerade in Oberhausen, in Essen besteht schon ein solcher Verband.

3.5 Entwicklung des Pfarrdienstes

Die Zahl der Pfarrstellen im Kirchenkreis sinkt kontinuierlich. Zurzeit sind noch 18,5 Stellen besetzt mit 20 Pfarrpersonen. Diese Zahl wird sich allerdings in den nächsten Monaten wieder verändern. Im März 2023 werden wir dann bei 16,5 Stellen mit 17 Personen liegen. Jetzt schon war es schwierig, für jede der zu besetzenden theologischen Positionen im Kreissynodalvorstand einen Kandidaten/eine Kandidatin zu finden. Es ist letztlich gelungen, aber eine echte Wahl wird es gleich nicht geben. Ähnlich schwierig ist, die zahlreichen Gremien und Ausschüsse zu besetzen. In der Notfallseelsorge, in der bei ihrer Gründung nur Pfarrerinnen und Pfarrer mitgearbeitet haben, sind inzwischen nur noch wenige Pfarrpersonen tätig. Der Großteil der Einsätze wird jetzt schon von Ehrenamtlichen übernommen. Dafür großen Dank!

Ganz aktuell sind Überlegungen im Landeskirchenamt, eine Arbeitszeitregelung für den Pfarrdienst zu treffen. Dazu gehört ein fester arbeitsfreier Tag pro Woche, den es eigentlich jetzt schon gibt, sowie eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden.

Darüber soll bereits auf der kommenden Landessynode beraten werden.

3.6 Kirchenkreisfusion?

Ich weiß, dass dieses Wort bei einigen allerlei Befürchtungen auslöst. Andere dagegen halten solche Überlegungen für überfällig. Ich meine, dass wir unsere Augen vor einem solchen Schritt nicht länger verschließen können. Er ist angesichts der Entwicklung bei der Zahl der Gemeindemitglieder, aber auch beim Pfarrdienst kaum zu vermeiden.

Neben vielen anderen Argumenten sprachen bisher auch finanzielle Überlegungen - wir sind ein „gebender“, unsere Nachbarn allesamt „nehmende“ Kirchenkreise – dagegen. Frau Rogosch und ich haben dieses Problem gegenüber der Kirchenleitung angesprochen, und sowohl der Finanzdezernent wie der Vizepräsident zeigten sich offen dafür, dem ständigen Finanzausschuss der Landessynode wie der gesamten Kirchenleitung vorzuschlagen, das Finanzausgleichsgesetz hinsichtlich einer möglichen Öffnung für Übergangsregelungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern, damit sinnvolle Fusionen von Kirchenkreisen künftig nicht schon an finanziellen

Hürden scheitern. Warten wir also ab, was da passiert, und überlegen dann vielleicht noch einmal, ob eine Fusion nicht doch möglich und gut sein könnte.

Für den Fall, dass es dazu kommen sollte, wären wir dann mit unseren bis dahin vielleicht verselbständigten Werken und Einrichtungen gut aufgestellt und weiter als „Evangelische Kirche in Mülheim an der Ruhr“ erkennbar und handlungsfähig. Und das selbst dann noch, wenn es irgendwann einen Kirchenkreis geben sollte, der das ganze westliche Ruhrgebiet umfasst.

4. Personen und Ereignisse

Im Mai hat sich Pfarrer Hans-Joachim Norden nach mehr als 30 Dienstjahren in der Markuskirchengemeinde (Bezirk Winkhausen) von seiner Gemeinde verabschiedet, um künftig die Vorteile eines Pfarrers im Ruhestand zu genießen. Die vielen persönlichen Worte beim Empfang nach dem Gottesdienst haben die Wertschätzung, die Acu Norden in seiner Gemeinde entgegengebracht wurde, noch einmal deutlich werden lassen.

Zum 1. August dieses Jahres ist Pfarrer Stephan Kunellis, der viele Jahre auf einer halben Stelle im Berufskolleg Stadtmitte tätig war, in den Ruhestand getreten. Wir haben ihn ja schon auf der Frühjahrssynode verabschiedet. Eine Nachbesetzung der Stelle ist leider nicht möglich.

Zum selben Zeitpunkt hat Pfarrer Volker Stamm seinen Dienst an der Rembergsschule niedergelegt, um sich künftig ganz der Gemeindegemeinschaft in seiner anderen halben Stelle zu widmen. Hier bemühen wir uns im Einvernehmen mit der Schulleitung und dem Schulreferenten unserer Region um eine Neubesetzung.

Im September ist nach mehr als 30 Dienstjahren in der Johannis-, später dann in der Lukaskirchengemeinde und über 20jähriger Mitarbeit im Kreissynodalvorstand – zuletzt als Synodalassessorin - Pfarrerin Dagmar Tietsch-Lipski in den Ruhestand gegangen. Wir haben sie am 25. September in einem bewegenden Gottesdienst und einer schönen anschließenden Feier verabschiedet.

Pfarrer Dr. Görg Hasselhoff ist nach wie vor mit einem nicht stellungengebundenen Auftrag im Kirchenkreis tätig und arbeitet nach Pfarrer Nordens Pensionierung mit 50% als Entlastung in der Markuskirchengemeinde. Gleichzeitig ist er seit längerem auch in der Gemeinde Gruiten (Kirchenkreis Niederberg) als Vertretung tätig. Für diesen Dienst an „zwei Herren“, der sicher oft viel Kraft kostet, sei ihm herzlich gedankt.

Seit 1. Oktober ist Sarah-Marie Reschke, uns allen als Vikarin in Lukas vertraut, nach bestandenem 2. Examen nun Pfarrerin im Probedienst. Wir freuen uns sehr, dass sie

diesen Dienst in unserem Kirchenkreis leistet und uns so noch länger erhalten bleibt. Sie wird weiter mit einer halben Stelle in der Lukaskirchengemeinde arbeiten und dort nach dem Ausscheiden von Pfarrerin Tietsch-Lipski und der möglichen Übernahme von Positionen im Kreissynodalvorstand durch Pfarrerin Zühlke und Pfarrer Manz die dringend benötigte Entlastung im Pfarrdienst gewährleisten.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass unser Präses, Dr. Thorsten Latzel, im Juli hier war. Er hat im Rahmen seiner Sommer-Kanutour auch die Ruhr befahren und in Essen und Mülheim Station gemacht. Auch wenn sein Aufenthalt nur kurz war, hat er sicher einen guten Eindruck von unserem Kirchenkreis mitgenommen. Dank noch einmal an alle, die den Präses-Besuch vorbereitet und gestaltet haben – Frau Rogosch und der Verwaltung, Pfarrer Guido Möller und den Mitarbeitenden in Notfallseelsorge und Wasserrettung, sowie Patrick Bahr und dem Team der Ambulanten Gefährdetenhilfe im Diakonischen Werk.

Schlussbemerkung

Dieses Kirchenjahr hatte es wahrhaftig in sich, hohe Synode! Es brachte uns manche Veränderung und Herausforderung. Wir haben die Herausforderung angenommen – in den Gemeinden wie im Kirchenkreis und seinen Einrichtungen. Für alle geleistete Arbeit große Anerkennung und herzlichen Dank! Wir haben Potenzial und das wird uns helfen, auch die Zukunft zu gestalten.

Vor mir liegt noch ein Jahr als Superintendent dieses Kirchenkreises. Ich freue mich auf dieses Jahr und hoffe, dass wir in dieser Zeit noch einiges gemeinsam auf den Weg bringen können.

Geard Zühlke